



Detailansicht des Registereintrags

Zukunft Fahrrad e.V.

Aktuell seit 10.02.2026 13:48:59

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002407
Ersteintrag:	01.03.2022
Letzte Änderung:	10.02.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	17.07.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Reinhardtstr. 31 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4915150553226 E-Mail-Adressen: info@zukunft-fahrrad.org Webseiten: https://zukunft-fahrrad.org/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge, Sonstiges, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

330.001 bis 340.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,04

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Wasilis von Rauch**
Funktion: Geschäftsführer
2. **Ulrich Prediger**
Funktion: Vorstandsvorsitzender
3. **Dorothee Heine**
Funktion: stellv. Vorstandsvorsitzende
4. **Dirk Zedler**
Funktion: stellv. Vorstandsvorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):

1. **Elena Laidler-Zettelmeyer**
2. **Alexander Rosenthal**
Tätigkeit bis 04/21:
Büroleitung
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
3. **Arne Behrensen**
4. **Wasilis von Rauch**
5. **Ulrich Prediger**
6. **Dorothee Heine**
7. **Dirk Zedler**

Gesamtzahl der Mitglieder:

109 Mitglieder am 08.07.2025, davon:

2 natürliche Personen

107 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (3):

1. Cycling Industries Europe (CIE)
2. BNW Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.
3. Wirtschaftsforum der SPD e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (19):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Außenwirtschaft; Parlamentarisches Verfahren;
Gesundheitsförderung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Sonstiges im Bereich "Soziale
Sicherheit"; Tourismus; Sonstiges im Bereich "Sport, Freizeit und Tourismus"; Klimaschutz;

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Personenverkehr; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Sonstiges im Bereich "Verkehr"; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Versicherungswesen

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Zukunft Fahrrad vertritt die Interessen dynamischer und innovativer Unternehmen der Fahrradwirtschaft mit dem Ziel der Förderung einer nachhaltigen, klimaschonenden und gesunden Mobilitätswende. Der Fokus liegt dabei auf der Förderung und Weiterentwicklung der Fahrradmobilität und Fahrradwirtschaft. Hierfür erstellt Zukunft Fahrrad Stellungnahmen zu laufenden Gesetzgebungsverfahren, politische Positionspapiere und wissenschaftliche Studien. Der Verband steht in einem kontinuierlichen Dialog mit politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsträger*innen, genauso wie Medienschaffenden, Wissenschaftler*innen und anderen Akteuren des Mobilitätssegments wie Verbänden und Unternehmen. Außerdem organisiert Zukunft Fahrrad Veranstaltungen wie Parlamentarische Abende, Parlamentarische Frühstücke, Informationsveranstaltungen, Kongresse und weitere Austauschformate und nimmt an Messen, Podiumsdiskussionen und Vorträgen teil.

Konkrete Regelungsvorhaben (9)

1. Vereinfachung der lohnsteuerlichen Regelungen beim Einsatz eines betrieblichen Mobilitätsbudgets

Beschreibung:

Die lohnsteuerrechtliche Behandlung von Mobilitätsbudgets soll deutlich vereinfacht werden. Dazu sind eine praxisgerechte Definition und eine digitalisierbare Bewertungsvorschrift zur Ermittlung des geldwerten Vorteils der privaten Nutzung erforderlich. Zudem sollte eine Lohnsteuer-Pauschalierung von 25 Prozent für das gesamte Mobilitätsbudget ermöglicht werden, um eine bürokratiearme Besteuerung des geldwerten Vorteils sicherzustellen. Gehaltsumwandlungen sollten im Rahmen dieser Regelung zugelassen werden. Davon unberührt bleibt die bestehende steuerliche Behandlung von Diensträdern und des ÖPNV. Diese können parallel angewandt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. [SG2405270002](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.05.2024 an:

Bundesregierung

2. [SG2406140036](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

3. [SG2507080027](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.03.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

4. [SG2507080028](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.03.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. **Aufnahme Dienstradleasing per Gehaltsumwandlung ins Einkommensteuergesetz**

Beschreibung:

Die steuerlichen Regelungen zum Dienstradleasing sind nur per Erlass der Landesfinanzministerien und nicht auf gleicher Ebene im Einkommensteuergesetz geregelt. Daraus folgende steuerliche Detailregelungen werden deshalb vom Dienstwagen abgeleitet, was in der Praxis regelmäßig zu Problemen führt. Notwendig ist eine eigenständige Regelung für Diensträder im Einkommensteuergesetz. Diese würde mehr Rechtssicherheit, Klarheit und Einfachheit für die Nutzung von Diensträdern schaffen.

Betroffenes geltendes Recht:

[EStG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2405270003](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.05.2024 an:

Bundesregierung

3. Transformation des Vergaberechts hin zu mehr Berücksichtigung von (Lasten-)Fahrrädern

Beschreibung:

Der zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP im Jahr 2021 vereinbarte Koalitionsvertrag "Mehr Fortschritt wagen" hat das Ziel, die öffentlichen Vergabeverfahren zu vereinfachen, zu professionalisieren, zu digitalisieren und zu beschleunigen. Die öffentliche Beschaffung und Vergabe soll wirtschaftlich, sozial, ökologisch und innovativ ausgerichtet und die Verbindlichkeit gestärkt werden, ohne dabei die Rechtssicherheit von Vergabeentscheidungen zu gefährden oder die Zugangshürden für den Mittelstand zu erhöhen.

Betroffenes geltendes Recht:

[GWB \[alle RV hierzu\]](#); [VgV 2016 \[alle RV hierzu\]](#); [SektVO 2016 \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

4. StVZO Novelle mit Berücksichtigung des technischen Fortschritts bei Fahrrädern

Beschreibung:

Wir setzen uns für Anpassungen der StVZO ein, die dem technischen Fortschritt der Fahrradwirtschaft, einer Verbesserung der Verkehrssicherheit und dem Komfort der Fahrradnutzung dienen. Dazu gehört unter anderem die Zulässigkeit von Blinkern an allen Fahrrädern und von seitlichen Konturmarkierungen von Lastenrädern.

Referentenentwurf:

[Verordnung zur Neufassung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung \(StVZO\) und zur Änderung weiterer Vorschriften \(20. WP\) \(Vorgang\) \[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 30.06.2023

Federführendes Ministerium: [BMDV \(20. WP\) \[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[StVZO 2012 \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Straßenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#); Verkehrspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

5. Ausweiten und baldigen Inkrafttreten der E-Lastenradrichtlinie

Beschreibung:

Die E-Lastenradrichtlinie fördert im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz die Anschaffung gewerblicher E-Lastenräder und Anhänger. Die Förderrichtlinie ist im Februar 2024 ausgelaufen. Eine Novelle der Förderrichtlinie ist angekündigt. Wir setzen uns für eine Ausweitung und ein baldiges Inkrafttreten der Förderrichtlinie ein. Die Ausweitung bezieht sich zum Beispiel auf weitere gewerbliche Lastenrad-Typen und die Aufnahme von Leasing als förderfähige Anschaffungsform.

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#);
Straßenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#); Verkehrspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

6. Klima-Sozialplan der Bundesregierung; Maßnahmenvorschläge der Fahrradverbände**Beschreibung:**

Die Bundesregierung muss bis 30. Juni 2025 der EU-Kommission einen Klima-Sozialplan zur Verwendung von Geldern aus dem EU Social Climate Fund vorlegen. Aus diesem sollen Maßnahmen zur Abfederung sozialer Härten im Zusammenhang mit der Ausdehnung der CO2-Bepreisung auf den Gebäudesektor und den Straßenverkehr finanziert werden. Zukunft Fahrrad e.V. fordert gemeinsam mit den Fahrradverbänden ADFC, ZIV und VSF, zehn Prozent der Mittel des deutschen Klima-Sozialplans in zusätzliche Maßnahmen der Radverkehrsförderung zu investieren. Vorgeschlagen werden eine sozial ausgerichtete Förderung von Bikesharing und Fahrrad-Abos sowie ein Sozialbonus beim Fahrrad-Kauf.

Interessenbereiche:

Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#);
Personenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [\[alle RV hierzu\]](#);
Sonstiges im Bereich "Verkehr" [\[alle RV hierzu\]](#); Straßenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#);
Verkehrspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):**1. SG2503190034 (PDF - 5 Seiten)****Adressatenkreis:**

Versendet am 07.03.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. SG2602100025 (PDF - 2 Seiten)**Adressatenkreis:**

Versendet am 26.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [\[alle SG dorthin\]](#)

7. Novelle Elektrokleinstfahrzeugeverordnung und Straßenverkehrsordnung

Beschreibung:

Beibehaltung der grundsätzlichen Trennung zwischen Elektrokleinstfahrzeugen und Fahrrädern in der Straßenverkehrsordnung

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Verordnung zur Änderung der Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften

Datum des Referentenentwurfs: 26.06.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

eKFV [alle RV hierzu]; StVO 2013 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Straßenverkehr [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2508200011 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.07.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

8. Nutzung illegaler E-Bikes bei Essenslieferdiensten unterbinden

Beschreibung:

Zur Unterbindung der Nutzung von getunten und nicht verkehrssicheren E-Bikes bei Fahrer:innen von Essenslieferdiensten soll die Einführung eines Direktanstellungsgebots die Verantwortung für sichere und legale E-Bikes als Arbeitsmittel bei den Essenslieferdiensten statt bei selbständigen Fahrer:innen liegen.

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2602100018 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.01.2026 an:

Bundesregierung

9. Fahrradmaßnahmen im Klimaschutzprogramm 2030

Beschreibung:

Die Bundesregierung wird bis März 2026 ein Klimaschutzprogramm mit Maßnahmen zur Reduktion von CO₂-Emissionen bis 2030 beschließen. Zukunft Fahrrad hat im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens des Bundesumweltministeriums effektive Maßnahmen zur Reduktion von CO₂-Emissionen im Verkehrssektor durch zusätzliche Maßnahmen der Radverkehrsförderung vorgeschlagen.

Betroffenes geltendes Recht:

[KSG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Straßenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#); Verkehrspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2602100020 \(PDF - 4 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [\[alle SG dorthin\]](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

500.001 bis 510.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Gewinnermittlung-JA-2024-01042025_ZF_2024.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[2020-BVZF-Verhaltenskodex.pdf](#)